

DER PERSONALRAT

Verantwortlicher Redakteur

Rechtsanwalt Michael Kröll
Staufenstraße 4
60323 Frankfurt am Main
Telefon 069/7191 5845
Fax 069/7191 5844

Verleger

»Bund-Verlag GmbH«
Hedderheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt am Main
Telefon 069/79 50 10-82
Fax 069/13 30 77-666

Leiter Geschäftsbereich AiB-Zeitschriften

Dr. Jürgen Schmidt

Der AiB-Verlag ist ein Geschäftsbereich
der Bund-Verlag GmbH.

Geschäftsführer

Rainer Jöde

Leser- und AboService

Bund-Verlag GmbH
60424 Frankfurt/Main
Telefon 069/79 50 10-71, 72
Fax 069/79 50 10-12
E-Mail abodienste@bund-verlag.de

Anzeigen- und Vertriebsleitung

Bund-Verlag GmbH
Hartmut Griesbach (verantwortlich)
Hedderheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt am Main
Telefon 069/79 50 10 50
Fax 069/79 50 10 12
E-Mail hartmut.griesbach
@bund-verlag.de

Anzeigenverwaltung

Karsten Baecker
Telefon 069/79 50 10 51
Fax 069/79 50 10 12
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 9
gültig ab 1.1.2008
Erscheint monatlich (einschließlich einer
Doppelausgabe) sowie 8 Ausgaben
»PersonalratInfo«. Jahresbezugspreis
99,60 €. Einzelheftpreis 9,30 €.
Auslandsabonnement 108 € zuzüglich
Versandkosten.
Abbestellungen zum Jahresende mit
Sechs-Wochen-Frist.

Druckvorstufe

Konrad Triltsch
Print und digitale Medien GmbH
97199 Ochsenfurt-Hohstadt

Druck

alpha print medien AG, Darmstadt

Urheber und Verlagsrechte

Gezeichnete Beiträge, Beilagen und
Anzeigen spiegeln nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion sowie
des Verlages wider. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge und Ab-
bildungen sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung – auch
auszugsweise – bedarf der vorherigen
Zustimmung des Verlages.

Titelfoto

Werner Bachmeier

Meinung

Torsten Brandt
WSI der Hans-Böckler-Stiftung



Mehr Beschäftigung durch mehr Wettbewerb?

Viele Ökonomen und Politiker verbinden mit der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen die Hoffnung, mehr Beschäftigung zu schaffen. Auch die Europäische Kommission ging noch 2003 in ihrem »Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse« davon aus, dass durch die Liberalisierung der Netzwerkindustrien (Telekommunikation, Post, Transport, Energie) innerhalb der EU etwa eine Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Mittlerweile sind zahlreiche internationale Studien erschienen, die massive Beschäftigungsrückgänge konstatieren.

Betrachtet man die Situation in Deutschland, so ergibt sich eine ernüchternde Bilanz. Zwischen 1991 und 2006 ist die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst um mehr als 2,1 Millionen oder 32% zurückgegangen. Allein aufgrund der Privatisierung von Bahn und Post schieden zwischen 1991 und 1995 ca. eine Millionen Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst aus. Eine Bestandsaufnahme der einzelnen liberalisierten Dienstleistungssektoren macht schließlich deutlich, dass es zu einem anhaltenden Beschäftigungsabbau bei ehemals öffentlichen Monopolunternehmen gekommen ist, der keineswegs durch den Beschäftigungsaufbau bei den neuen Wettbewerbern ausgeglichen werden konnte. Insgesamt sind im Inland mit der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in den Sektoren Post, Bahn, Energie, Telekommunikation und Krankenhäuser seit Anfang der 90er Jahre per Saldo mindestens 600.000 Arbeitsplätze verloren gegangen.¹

Wenn Unternehmen durch Privatisierungen aus den Tarifverhandlungssystemen des öffentlichen Dienstes herausfallen, wird im Zuge von Liberali-

sierungen ein andauernder Wettbewerb um niedrigere Arbeitskosten zwischen ehemals öffentlichen und neu etablierten Wettbewerbern in Gang gesetzt. Da es sich bei keineswegs allen liberalisierten Branchen um Wachstumsmärkte handelt, kommt es zu einem offenen Verdrängungswettbewerb, der unweigerlich zu Arbeitsplatzverlusten führt. Sichtbar ist zudem der Ersatz von regulären Arbeitsplätzen durch (teils subventionierte) neue Niedriglohnarbeitsplätze. Auf der einen Seite stehen die Stammbeschafteten ehemaliger Monopolisten, die von tariflichen Besitzstandsklauseln profitieren, und auf der anderen Seiten die zu schlechteren Bedingungen neu eingestellten Kollegen und die Beschäftigten der neuen Wettbewerber mit wesentlich niedrigerer Entlohnung.

In bereits liberalisierten Dienstleistungssektoren ist es erforderlich, über soziale Re-Regulierung gesetzlich und tarifpolitisch pro Qualitätswettbewerb – statt Arbeitskostenwettbewerb – gegenzusteuern (z.B. über Tariftreueregelungen, Mindestlohn, allgemein verbindliche Branchentarifverträge). Zudem sollte der öffentliche Sektor durch mehr Nutzerinnenfreundlichkeit, demokratische Mitgestaltungsoptionen und Gemeinwohlorientierung revitalisiert werden, um (nebenbei) weiteren Liberalisierungen die Legitimationsgrundlage zu entziehen. Zu unterstützen ist ferner die seit langem bestehende Forderung des DGB an die Bundesregierung, regelmäßig einen Privatisierungsbericht über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen vorzulegen.

¹ Brandt, Torsten/Schulten, Thorsten: Auswirkungen von Privatisierung und Liberalisierung auf die Tarifpolitik in Deutschland, in: Europa im Ausverkauf, VSA-Verlag, Hamburg.